schenrechtsproblematik für politische Zwecke mißbraucht wird.

V

Ich habe es mehrfach erwähnt: Niemand sollte zufrieden sein mit dem Zustand unserer Welt und mit dem der Vereinten Nationen. Unsere Organisation, dessen kann ich Sie versichern, ist es gewiß nicht. Wir sehen sehr wohl, daß es nicht nur eine *modische* Kritik am Multilateralismus gibt, sondern daß mancher Ruf nach durchgreifender Reform der Idee der Charta und auch der Organisation durchaus wohl will.
Gerade jetzt, am vierzigsten Jahrestag der Vereinten Nationen, sehen wir uns einer Situation gegenüber, die stärker als früher von Spannung, Mißtrauen, Verdächtigung geprägt ist. Ich teile, Herr Minister Genscher, Ihre Hoffnung auf das Treffen, das in wenigen Tagen in Genf stattfinden wird. Ich meine auch, daß Ihr Vorschlag, der auf gründlichere bilaterale Konsultationen zwischen befreundeten Staaten hinzielt, bevor ein Problem vor die Gremien der Vereinten Nationen gebracht wird, vieles für sich hat. Aber: Die Probleme der kommenden Jahre werden uns schneller zu multilateraler Aktion zwingen, als manche es heute noch wahrhaben wollen.
Bevor die Vereinten Nationen fünfzig werden, ist alle diplomatische Kunst, alle politische Erfahrung und Lernfähigkeit nötig, um mit den Problemen fertigzuwerden, die wir heute schon kennen, und denen, die wir unausweichlich auf uns zukommen sehen: der Graben zwischen Nord und Süd, der sich weiter vertieft, die drohende Übervölkerung, die immer stärker belastete Umwelt, die sich daraus ergebenden Hungersnöte, der unglaubliche Mittel verschlingende Rüstungswettlauf. Die Vereinten Nationen müssen und wollen der Platz sein, auf dem diejenigen gehört werden, die zuerst Opfer einer fatalen Entwicklung zu werden drohen, aber auch Forum der Vernünftigen, die ja nicht immer mit den Mächtigen identisch sind. Die UNO sei vielleicht kein Weg zum Himmel, meinte Dag Hammarskjöld einmal, aber ohne sie wären wir wohl schon ein Stück weit auf dem Weg zur Hölle.

Schwerpunkte deutscher Mitarbeit bei den Vereinten Nationen

HANS-DIETRICH GENSCHER

Die Rolle der DGVN

Als langjähriges Mitglied des Präsidiums der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen freue ich mich ganz besonders, an dieser Veranstaltung teilnehmen zu können. Es sind zwei Anlässe, die uns heute in diesen historischen Räumen des Stuttgarter Neuen Schlosses zusammengeführt haben: der vierzigste Geburtstag der Vereinten Nationen *und* der fündundzwanzigste Geburtstag des Landesverbandes Baden-Württemberg der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen.
Lange bevor die Bundesrepublik Deutschland 1973 als Vollmitglied in die Vereinten Nationen aufgenommen wurde, hatte sich die Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen der Aufgabe verpflichtet, bei unseren Mitbürgern für die großen Ziele unserer Weltorganisation Verständnis zu wecken. Sie ist stets mit der Bundesregierung dafür eingetreten, daß eine aktive Mitarbeit der Bundesrepublik Deutschland in den Vereinten Nationen in unserem ureigensten deutschen Interesse liegt. Zwölf Jahre nach unserem Beitritt können wir sagen, daß dieser Schritt für die Bundesrepublik Deutschland notwendig und erfolgreich war.
Die Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen hat als Nichtregierungsorganisation eine wichtige eigene Funktion. Sie besteht nicht allein in der Unterrichtung einer breiteren deutschen Öffentlichkeit über die Tätigkeit der Weltorganisation. Ihre Aufgabe ist es auch, sich aktiv an unserer innerstaatlichen Diskussion über die Vereinten Nationen und über unseren deutschen Beitrag zu ihrer Arbeit zu beteiligen. Sie kann und soll Impulse geben, ihren kritischen Sachverstand bei der Erörterung der komplexen Probleme einbringen und den politisch Verantwortlichen Anregungen und auch ›kritische Begleitung‹ geben.
Die Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen hat sich dieser Aufgabe in den vergangenen Jahrzehnten mit großem Verantwortungsbewußtsein gestellt. Das zu würdigen ist auch ein Anlaß, zum 40.Jahrestag der Gründung der Vereinten Nationen zusammenzukommen. Für den Landesverband Baden-Württemberg war es Beginn einer nunmehr fünfundzwanzigjährigen Arbeit im Sinne kontinuierlichen Bemühens um die Verfolgung der Ziele der Vereinten Nationen. Für diese Kontinuität stehen zwei Persönlichkeiten, die ich stellvertretend für viele nennen möchte: Professor Löffler, dessen persönliches Engagement für die Idee multilateraler Zusammenarbeit bis in die Zeit des Völkerbundes zurückreicht, und Herr Barthels, der als Gründungsmitglied der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen seit 1952 angehört. Ihnen und vielen anderen danke ich für Ihre verdienstvolle Arbeit.
Ich möchte diese Gelegenheit nutzen, dem Land Baden-Württemberg und der Stadt Stuttgart für die Ausrichtung dieser Feier zum 40. Jahrestag der Vereinten Nationen zu danken. Gerade die Worte von Herrn Ministerpräsident Späth haben sein Engagement für die Sache der Vereinten Nationen bewiesen.
Ich bin auch Herrn Generaldirektor Suy dankbar, daß er aus diesem Anlaß nach Stuttgart gekommen ist.

Die Weltorganisation als Spiegelbild unserer Welt

Der 40. Jahrestag der Gründung der Vereinten Nationen hat eine neue Diskussion um Möglichkeiten und Grenzen der Weltorganisation in Gang gebracht. Die öffentliche Diskussion ist geprägt von zahlreichen Gegensätzen und oft von ganz extremen Positionen, die von euphorischer Zustimmung bis hin zu unsachlicher Kritik reichen.
Können die Vereinten Nationen eigentlich mehr sein als ein Spiegelbild des wirklichen Zustandes unserer Welt? Generaldirektor Suy hat auf die großen Probleme hingewiesen, die allein entstanden sind in den wenigen Monaten zwischen dem Abschluß der Beratungen und der Verabschiedung der Charta: die Veränderung der Welt durch die Explosion der ersten Atombombe. Die Vereinten Nationen oder ihre Gründungsväter gingen davon aus, daß die fünf Ständigen Mitglieder des Weltsicherheitsrates sozusagen eine Art Patenschaft für den Frieden der Welt übernehmen könnten.
Aber es stellte sich sehr bald heraus, daß ihre Gegensätze über Jahrzehnte das Geschehen in der Welt bestimmten. Und wer hätte am Gründungstag gedacht, daß am 8.Januar 1985 in Genf die Außenminister der Vereinigten Staaten von Amerika und der Sowjetunion eine Erklärung unterzeichnen würden, in der sie das Ziel setzen, einen Rüstungswettlauf im Weltraum zu verhindern. Im Weltraum zu verhindern, obwohl wir ihn auf Erden noch immer haben. Dazwischen liegt die große Periode des Entkolonisierungsprozesses, des Selbständigwerdens vieler Staaten. Staaten, in denen Völker zusammengeführt wurden, Staa-

ten, in denen erst Nationenbewußtsein entstehen mußte, Staaten, die ihre Grenzen weniger geschichtlichen Gegebenheiten verdanken als vielmehr kolonialer Grenzziehung.

Ich möchte vor dem Hochmut warnen, der uns zuweilen in Europa begegnet, wenn auf die Art des Umganges unter Staaten irgendwo in der Dritten Welt hingewiesen wird. Es ist grausam, daß es noch immer Kriege und regionale Auseinandersetzungen gibt. Aber alle diese Auseinandersetzungen bleiben zurück hinter den Kriegen, die wir Europäer allein in diesem Jahrhundert zweimal in die Welt getragen haben. Deshalb ist es unsere Aufgabe in den Vereinten Nationen, aus unseren Erfahrungen beizutragen zu einer Organisation des Friedens, der Friedenssicherung, der Stabilisierung der Welt. Europa muß heute Ausgangspunkt friedlicher Initiativen sein. Und wo können sich solche Friedensinitiativen besser vollziehen als in den Vereinten Nationen. Natürlich weiß auch ich, daß dort in Plenarsitzungen und Ausschüssen Reden gehalten werden, die oft polemisch und unsachlich klingen. Aber haben wir uns schon einmal die Frage gestellt, wo eigentlich sonst sich die neu entstandenen Staaten Gehör suchen sollten, wenn nicht in den Vereinten Nationen? All dies müssen wir im Auge behalten, wenn wir mit Recht den Finger auch auf die Wunden der Weltorganisation und ihre Probleme legen.

Wir sind uns bewußt, daß die Vereinten Nationen die Ziele der UN-Charta noch bei weitem nicht realisiert haben. Deshalb müssen wir uns fragen, was geblieben ist vom Konzept der Gründerväter der Vereinten Nationen, wie ihre Arbeit und die ihrer Sonderorganisationen aus unserer deutschen Sicht nach nunmehr zwölf Jahren Mitarbeit zu beurteilen ist, welchen Nutzen wir aus unserer Mitarbeit gezogen haben, wo wir Möglichkeiten realistischer Verbesserungen sehen.

Zunächst ist festzustellen: Ohne die Vereinten Nationen würden unserer Außenpolitik wesentliche, uns längst selbstverständliche Grundlagen fehlen. Die Vereinten Nationen setzen den weltweiten Rahmen für unsere Gewaltverzichtspolitik, unsere Menschenrechtspolitik, unsere Entwicklungs- und Dritte-Welt-Politik. Die Verankerung des universellen Gewaltverbots in der UN-Charta ist die Grundlage für ein funktionierendes System der internationalen Beziehungen. Das Gewaltverbotsprinzip der Charta ist zu einem der wichtigsten Pfeiler unserer Außenpolitik geworden. Unsere Gewaltverzichtspolitik in den Vereinten Nationen, aber auch in Stockholm, ist darauf gerichtet, das Gewaltverbot praktisch durch ein Geflecht politischer Vereinbarungen zu stärken.

Unsere Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern hat auch unser Verständnis für deren Anliegen vertieft und erst eine Dritte-Welt-Politik möglich gemacht, die in Formulierung und Ausprägung in unsere Außen- und Entwicklungspolitik eingeflossen ist. Natürlich hat es viele streitige und polemische Debatten gegeben und gibt sie heute noch über die Frage der Nord-Süd-Politik, aber niemand konnte am Anfang der Entkolonisierung das richtige Konzept bieten. In einer großen, weltweiten Diskussion haben wir aus den Fehlern der ersten Dekaden gelernt.

Mit der Bewegung der Blockfreien hat sich die Mehrheit der Staaten der Dritten Welt eine politische Organisationsform gegeben, die innerhalb wie außerhalb der Vereinten Nationen an Einfluß gewinnt. Das Auftreten der Blockfreien in den Vereinten Nationen hat sich seit den siebziger Jahren stark verändert. In einer Reihe wichtiger Fragen treten die Blockfreien stärker interessendifferenziert auf. Das gilt vor allem für die Behandlung wirtschaftspolitischer Fragen. Politischer Maßstab der Blockfreien sind immer deutlicher ihre eigenen, individuellen Interessen und Prinzipien. Deshalb ist die Blockfreiheit heute auch als politisch gestaltender Faktor in den Vereinten Nationen ausgeprägter als vor zehn Jahren.

Die Bundesregierung und die westlichen Demokratien haben diese Blockfreien-Bewegung mehr und mehr erkannt als einen Faktor der Stabilität und der Friedenssicherung in der Welt. Wie sehr waren zunächst noch die Feindbilder geprägt von den Blockfreien als einer Art Hilfsorganisation der kommunistischen Länder. Heute haben die Blockfreien erkannt, daß wirkliche Unabhängigkeit im Sinne von Blockfreiheit ihren Interessen am besten dient, und daß nicht die kommunistischen Länder ihre natürlichen Verbündeten sind. Dies zeigt sich auch deutlich in der wirtschaftlichen Hilfe für die Staaten der Dritten Welt. Allein die Bundesrepublik Deutschland leistet mehr Entwicklungshilfe, inklusive der privaten Leistungen, als alle kommunistischen Staaten zusammengenommen. Auch das ist ein Ausdruck von weltweiter Verantwortung und Solidarität.

Bei der Festveranstaltung der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen im Weißen Saal des Neuen Schlosses zu Stuttgart am 8. November 1985 in der ersten Reihe (v.r.n.l.): Ministerpräsident Lothar Späth, Dr. Helga Timm, MdB, Vorsitzende der DGVN, Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher, Generaldirektor Prof. Dr. Erik Suy vom Genfer Büro der Vereinten Nationen, Oskar Barthels, Vorsitzender des Landesverbands Baden-Württemberg der DGVN. Am gleichen Ort hatte die am 10. Mai 1952 in Heidelberg gegründete DGVN 1977 ihr 25jähriges Bestehen begangen (VN 3/1977 S.86ff.); ›Anspruch und Wirklichkeit‹ der Vereinten Nationen hatte damals Bundestags-Vizepräsidentin Annemarie Renger miteinander verglichen.

Konflikteindämmung, Nord-Süd- und Menschenrechtsfragen

An der Schwelle zum fünften Jahrzehnt der Vereinten Nationen stellt niemand die Existenz der Vereinten Nationen und ihrer Sonderorganisationen in Frage. Im Zentrum der Überlegungen steht die Frage, wie sie verbessert und gestärkt werden können. Wir sind nicht mit allem einverstanden, was in dieser Weltorganisation und ihren Sonderorganisationen geschieht. Nur: Abseitsstehen, Austreten wird die Situation nicht verbessern, sondern eher die Mängel verstärken. Es würde uns die Möglichkeit nehmen, unsere Verantwortung in dieser großen Organisation wahrnehmen zu können.

In den Vereinten Nationen müssen wir auch die kulturelle Dimension der Zusammenarbeit stärker erkennen, so wie wir uns in Europa auf die kulturelle Identität besinnen. Das Kulturforum in Budapest ist zum Beispiel eine kühne und wagnisbereite Veranstaltung zwischen West und Ost. Der Nord-Süd-Dialog ist ebenso dringend geboten, um den Völkern der Dritten Welt im Prozeß der Nationwerdung zu helfen, sich ihrer eigenen kulturellen Identität zu besinnen und sie nicht der Überfremdung auszusetzen. So wie die europäische Kultur undenkbar ist ohne die großen Beiträge all ihrer Völker, so ist auch das kulturelle Erbe der Menschheit undenkbar ohne die Beiträge aller Völker. Sich darauf zu besinnen und anzuerkennen, was andere leisten und geleistet haben in ihrer großen, der jahrtausendealten Geschichte der Menschheit, ist nicht nur Kulturnostalgie, sondern aktive Friedenspolitik. Das Predigen von Haß gegen andere Völker hat stets damit begonnen, daß man ihre kulturellen Leistungen herabgesetzt und diffamiert hat. Achtung vor den kulturellen Leistungen anderer, das ist Friedensgesinnung.

Sachlich erfordert die Weiterentwicklung eines funktionsfähigen Systems der internationalen Zusammenarbeit vor allem klare Zielsetzungen und den politischen Willen, sie zu verwirklichen. Entscheidend dabei wird sein, daß wir uns auf die Kernprobleme, denen wir uns gegenübersehen, konzentrieren, daß wir Schwerpunkte setzen. Das umfassende Friedensverständnis der Charta sollte uns dabei Maßstab sein. Ich will dies an drei wichtigen Bereichen – ›Konfliktverhütung‹, ›Nord-Süd-Politik‹ und ›Menschenrechte‹ – erläutern.

Zentrales Ziel unserer Arbeit in den Vereinten Nationen wird auch künftig die umfassende Kriegsverhütung und Friedenssicherung sein. Diesem Ziel dient neben unserem Engagement in Fragen der Abrüstung und Rüstungskontrolle unser Konzept zur Vorbeugung von internationalen Konflikten.

Damit die bilateralen wie die multilateralen Verhandlungen im Abrüstungsbereich Erfolg haben können, muß mehr Vertrauen zwischen den Staaten geschaffen werden. Aktive Bemühungen um Vertrauensbildung sind unerläßlich. Darum ist die Grundsatzdiskussion, die in den Vereinten Nationen hierüber geführt wird, von so großer Bedeutung. Der Abrüstungskommission der Vereinten Nationen liegt ein von uns entwickelter Katalog von Leitlinien für weltweit und regional anwendbare Vertrauensbildende Maßnahmen vor. Den Vereinten Nationen kommt aber auch in anderen Bereichen eine wichtige Rolle bei der Konflikteindämmung und -verhütung zu. So dient die Durchführung friedenssichernder Operationen, die den Konsens aller betroffenen Staaten erfordern, dem Ziel der Konflikteindämmung. Sie sind eine unverzichtbare Ergänzung der Bemühungen um eine friedliche Beilegung von Konflikten. Friedenstruppen der Vereinten Nationen können maßgeblich zu einem Klima beitragen, in dem politische Lösungen erst möglich werden.

Die Bundesrepublik Deutschland hat dieses wichtige Mittel der Friedenssicherung bereits in der Vergangenheit politisch, finanziell und logistisch nach Kräften unterstützt. Wir werden dies auch in Zukunft tun. Unser Konzept der Vorbeugung von Konflikten manifestiert sich in unseren Bemühungen um eine Stärkung und einen Ausbau der verfügbaren Instrumente der Friedenssicherung in den Vereinten Nationen. Wir setzen uns nachhaltig für eine Stärkung der präventiven Funktionen des Sicherheitsrats und des Generalsekretärs ein.

Der Generalsekretär hat dazu in den vergangenen Jahren eine Reihe von konkreten Vorschlägen gemacht, die wir unterstützt haben. Wir selbst haben Vorschläge zur Vorbeugung von internationalen Konflikten unterbreitet. Sie zielen auf ein frühzeitiges Eingreifen von Sicherheitsrat und Generalsekretär in Krisenfällen ab. Dazu bedarf es eines effektiven politischen Frühwarnsystems. Der Sicherheitsrat sollte in stärkerem Maße als Verhandlungsforum auch für die Streitparteien drohender Konflikte genutzt werden. Informelle Verhandlungen in der Entstehungsphase von Konflikten können zu größerer Transparenz der Absichten von Konfliktparteien, ihrer Motive und zum Abbau von Unsicherheit beitragen. Dazu sollten auch die Möglichkeiten stiller Diplomatie des Generalsekretärs in stärkerem Umfang genutzt werden. Wir müssen ihm die Möglichkeit geben, zunehmend als objektive, dritte Kraft zu agieren.

Dem Ziel der Vorbeugung von Konflikten dient in gleicher Weise unsere Flüchtlingsinitiative. Riesige Flüchtlingsströme in allen Teilen der Welt sind zu einer ernsten Bedrohung des Friedens geworden. Sie schaffen unendliches Leid für die betroffene Menschheit. Sie sind eine Gefahr nicht nur für die betroffenen Länder, sondern für alle umliegenden Staaten. Sie können zur Destabilisierung ganzer Regionen führen. Die humanitäre Betreuung der Flüchtlinge muß ein wichtiges Anliegen der Staatengemeinschaft bleiben. Aber das allein reicht nicht aus. Erforderlich ist die Beseitigung der wirklichen Ursachen von Flüchtlingsbewegungen. Dem dienen unsere Vorschläge zur Vermeidung neuer Flüchtlingsströme. Eine von der Generalversammlung eingesetzte Expertengruppe wird voraussichtlich schon 1986 konkrete Empfehlungen dazu vorlegen.

Ein zweiter, zentraler Schwerpunkt unserer Arbeit in den Vereinten Nationen wird auch zukünftig unsere Zusammenarbeit mit der Dritten Welt sein. Ich habe auf die Rolle der Blockfreien-Bewegung in den Vereinten Nationen hingewiesen. Wir erkennen die wachsende Differenzierung der Dritten Welt auch bei der Erörterung wirtschaftlicher Fragen in den Vereinten Nationen. Hier haben sich die Entwicklungsländer zur sogenannten Gruppe der 77 zusammengeschlossen. Es sind inzwischen 126 Mitglieder. Unverkennbar ist ein Trend dieser Staaten zu kooperativen Formen der Zusammenarbeit, zum Interessenausgleich, zu mehr Pragmatismus. Die ideologischen Schlachten liegen eigentlich schon fast hinter uns. Eindrucksvolles Beispiel für dieses sich ändernde Bewußtsein der Dritten Welt ist das Zustandekommen der ›Erklärung über die kritische Wirtschaftslage in Afrika‹ während der 39. Generalversammlung. Sie ist ein Produkt enger und vertrauensvoller Zusammenarbeit zwsichen den unmittelbar betroffenen Ländern Afrikas und den Mitgliedern der Europäischen Gemeinschaft.

Der Nord-Süd-Dialog hat sich in den letzten Jahren nicht nur versachlicht. Er wurde auch zunehmend von den großen Foren der Generalversammlung der Vereinten Nationen oder der UNCTAD in die Fachorganisationen von IMF, Weltbank und GATT verlagert. Auch diese Entwicklung können wir nur begrüßen. Wir dürfen aber die großen Zusammenhänge der Entwicklungsprobleme der Dritten Welt nicht aus den Augen verlieren. Trotz ungezählter ungelöster Probleme haben die Entwicklungsländer insgesamt eindrucksvolle Leistungen erbracht. Ungelöst ist das Problem der Bevölkerungspolitik.

Die landwirtschaftliche Produktivität und der Grad der Industrialisierung konnten in vielen Ländern in beeindruckender Weise gesteigert werden. Dennoch stehen wir unverändert vor großen Problemen, bei denen wir unsere eigene Verantwortung als Industriestaaten des Nordens gar nicht hoch genug ansetzen können. Besonders dringend ist zum Beispiel die Lösung des Verschuldungsproblems. Die hohe Auslandsverschuldung vieler Entwicklungsländer stellt nicht nur eine ernste Gefahr für das internationale Wirtschafts- und Finanzsystem dar. Es geht auch um die sozialen und politischen Folgen der unabdingbaren, strukturellen Anpassungen in den Schuldnerländern.

Derartige Anpassungsprozesse dürfen nicht um den Preis politischer und sozialer Instabilität und mit dem Verlust demokratischer Ordnung erkauft werden. Man sehe sich einmal die Probleme an, vor denen die Staaten Lateinamerikas stehen, die eben wieder zur Demokratie zurückgekehrt sind wie Brasilien, Argentinien, Uruguay.

Die Staats- und Regierungschefs vor allem der lateinamerikanischen Länder haben in der diesjährigen Generaldebatte der 40.Generalversammlung eindringlich auf die Destabilisierung der Verschuldungsproblematik hingewiesen. Wir müssen uns dessen bewußt sein, daß die aus der internationalen Verschuldungskrise erwachsenen Probleme auch uns berühren, zum Teil sogar ganz unmittelbar. Zum Teil tragen wir selbst zu den Problemen bei. So konkurrieren am Weltmarkt zum Beispiel die Vereinigten Staaten von Amerika einerseits und die Europäische Gemeinschaft andererseits mit hoch subventionierten Agrarprodukten. Die Entwicklungsländer, die auf den Export von Agrarprodukten angewiesen sind, können nicht mehr zu gleichen Preisen anbieten. An diesem Beispiel wird deutlich, wie sehr wir voneinander abhängig sind, wie sehr wir alle Verantwortung tragen. Diese Probleme werden sich nur durch einen vertrauensvollen Dialog lösen lassen. Strukturwandel ist schwierig, das wissen wir aus dem eigenen Lande. Strukturwandel ist unendlich schwieriger, weltweit gesehen.

Genauso wichtig wie die entschlossenen Anpassungsmaßnahmen der Schuldnerländer ist aber auch eine solide Wirtschafts- und Finanzpolitik in den Industrieländern, die zu möglichst geringen Zinsen auf den Kapitalmärkten führt und den Entwicklungsländern ermöglicht, die für den Schuldendienst benötigten Devisen durch Exporte in die Industrieländer zu verdienen.

Dritter Schwerpunkt unserer Arbeit in den Vereinten Nationen sind die Menschenrechte. Für unsere Außenpolitik ist die Förderung und die Sicherung der Menschenrechte zu einem wesentlichen, unverzichtbaren Anliegen geworden. Die Grundlage hierfür ist die von den Vereinten Nationen bewirkte völkerrechtliche Entwicklung. Die Vereinten Nationen haben mit ihrem Verständnis der Menschenrechte zum ersten Mal in der Geschichte den einzelnen, individuellen Menschen zum Träger von Völkerrechten, von international geschützten Grundrechten gemacht. Es geht darum, das in die Praxis umzusetzen.

Die Regierungen der Staaten müssen sich für die Behandlung ihrer eigenen Staatsbürger vor der Staatengemeinschaft verantworten. Jede Regierung muß ihre eigene Politik am Menschenrechtskatalog der Vereinten Nationen messen lassen. An den bürgerlichen Freiheitsrechten, den wirtschaftlichen und sozialen Rechten. Dabei weiß ich, daß die Verwirklichung der menschenrechtlichen Grundsätze in der politischen Wirklichkeit noch immer auf erhebliche Widerstände stößt. Die Zahl der Länder mit wirklich garantierten Menschenrechten ist noch immer begrenzt. Wenn der Weg von der Rechtlosigkeit über die Rechtsetzung bis hin zur Durchsetzung des Rechts in der Staatengemeinschaft oft weit ist, müssen wir alles tun, damit er tatsächlich beschritten wird.

Die Bundesrepublik Deutschland hat schon immer aktive Menschenrechtspolitik betrieben, vor allem praktische Menschenrechtspolitik. Dies beweist beispielsweise unser Einsatz für die Verabschiedung der Schlußakte von Helsinki. Die Menschenrechte stehen seither auf gleicher Ebene mit anderen völkerrechtlichen Prinzipien des zwischenstaatlichen Umgangs. Hierzu ist politischer Dialog mit den Verantwortlichen der jeweiligen Staaten erforderlich, dies ist die Frage der Instrumente zur Durchsetzung der Menschenrechte.

Wenn wir von den Menschenrechten sprechen, denken wir oft an die großen Namen der Betroffenen, denen ihre Menschenrechte vorenthalten werden. Vergessen wir über den großen Namen nie die vielen, vielen Unbekannten, die leiden und für die wir uns in gleicher Weise einzusetzen haben.

Uns geht es darum, daß wir schnell die Folter-Konvention zeichnen, daß wir in den Vereinten Nationen für etwas kämpfen, was unser Grundgesetz auszeichnet, nämlich die Abschaffung der Todesstrafe. Die Bundesrepublik Deutschland setzt sich in den Vereinten Nationen dafür ein, sie weltweit abzuschaffen. Dieser Vorschlag zielt darauf ab, die unbedingte Achtung des menschlichen Lebens zu fördern. Wir werden auch nicht nachlassen, uns in den Vereinten Nationen für einen Hohen Menschenrechtskommissar der Vereinten Nationen einzusetzen. Die Krönung dieser Entwicklung muß die Schaffung eines UN-Menschenrechtsgerichtshofes sein, so wie wir schon einen Europäischen Menschenrechtsgerichtshof haben.

Die Notwendigkeit des Interessenausgleichs

Die Vereinten Nationen stehen an der Schwelle zum fünften Jahrzehnt ihres Bestehens vor schwierigen Aufgaben. Die vor uns liegenden Probleme werden noch komplexer sein, so das Problem des Weltraumes und des Schutzes der natürlichen Lebensgrundlagen. Es wird der Ausschöpfung aller geistigen, politischen und wirtschaftlichen Möglichkeiten der Weltorganisation und aller Mitgliedstaaten bedürfen, um sie zu lösen. Notwendig ist aber auch eine Selbstbeschränkung der Vereinten Nationen auf die Behandlung der wirklich wichtigen Fragen, denen wir uns gegenübersehen. Nur ein gerechter Interessenausgleich aller Staaten nutzt dem wohlverstandenen, aufgeklärten, nationalen Eigeninteresse.

Die Lösungen für die fundamentalen Probleme unserer Zeit müssen auf eine breite Basis gestellt werden. Deshalb ist es notwendig, auf mehr Konsensentscheidungen hinzuarbeiten. Konsens bedeutet: echter Interessenausgleich, nicht verbale Kompromisse. Nur die Beschlüsse, die mit der politischen Zustimmung aller Interessengruppen angenommen werden, haben eine realistische Aussicht, auch in praktische Politik umgesetzt zu werden. Dazu bedarf es des Augenmaßes, der Verständigungsbereitschaft und des langen Atems.

Generalsekretär Pérez de Cuéllar hat eine Reihe von Vorschlägen für eine Verwaltungsreform der Vereinten Nationen gemacht. Die ehemaligen Präsidenten der Generalversammlung, unter ihnen auch der deutsche Botschafter von Wechmar, haben ihrerseits Möglichkeiten zur Rationalisierung der Verfahren, zu effektiverer Arbeit aufgezeigt. Diese Ansätze sind richtig, sie werden von uns unterstützt. Woran es mangelt, ist die Entschlossenheit vieler Regierungen, sich diese guten Ideen zu eigen zu machen. Es gibt keine Alternative zum Ausbau der Instrumente internationaler Zusammenarbeit. Wir haben mit der Europäischen Gemeinschaft ein Beispiel regionaler Zusammenarbeit geschaffen. In dieser Gemeinschaft gestalten Länder und Völker miteinander ihre Zukunft, die sich früher in Feindschaft, oder, was für Deutsche und Franzosen gesagt wurde, in Erbfeindschaft gegenüberstanden. Für mittlere und kleinere Staaten bietet dieser regionale Verbund eine gute Gelegenheit, die eigenen wirtschaftlichen, politischen und sicherheitspolitischen Probleme in ein gemeinsames Ganzes einzubeziehen. Überall in der Welt entstehen solche regionalen Gruppierungen. Die ASEAN-Länder sind ein Beispiel. Wir kooperieren mit ihnen. In Luxemburg haben wir ein Kooperationsabkommen mit den Staaten Zentralamerikas abgeschlossen. Auch das ist ein Beispiel weltweiter Verantwortung der Europäer.

Wir werden uns als engagierte Verfechter der Vereinten Nationen bei allem Realismus und realistischem Bewußtsein der Mängel nicht von den Kritikern und Miesmachern beeindrukken lassen. Winston Churchill hat einmal gesagt, die Demokratie sei die schlechteste aller Staatsformen, außer den anderen, die man schon ausprobiert habe. Das gleiche kann man auch für die Vereinten Nationen sagen.

Auf den Geist kommt es an, in dem dort gearbeitet wird, auf den Geist des Friedens, der Verständigung, der Achtung für andere Völker. Wenn dieser Geist sich durchsetzt, dann werden wir in zehn Jahren eine bessere Bilanz ziehen, als wir es heute tun können. Dafür wollen wir auch hier in unserer Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen zusammenarbeiten.